

„Bereiten Sie den Krieg vor!“

Podiumsdiskussion zum A7-Ausbau

Rid-Aureis 25.01.11

Stellungen (ade). Wie und mit welchen Mitteln kann ein Verkauf der Grundstücke der vom Autobahnausbau betroffenen Stellinger Anwohner an die Hansestadt Hamburg erreicht werden und welche weiteren Alternativen gibt es neben einem Ankauf? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, zu der die in der Bürgerinitiative BIGI zusammengeschlossenen Imbekstiege-Anwohner am Freitag in die Stellinger Kreuzkirche eingeladen hatten.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Planungs- und Baurecht Dr. Peter Mohr berichtete über rechtliche Einzelfallentscheidungen, in denen per Gerichtsurteil die Stadt gezwungen wurde, das Grundstück aufzukaufen. Doch im Imbekstieg ist gleich eine ganze Straßenseite betroffen. Ein solcher Aufkauf sei sogar insgesamt kostengünstiger als die baulichen Maßnahmen zur Erhaltung der alten Reihenhäuser und die Entschädigungszahlungen an die Anwohner.

Die im Voraus stattgefundene Ortsbesichtigung ließ Experten und Politiker von FDP, SPD, GAL und Linke sichtlich nicht ungerührt. Alles sagten sie der Bürgerinitiative ihre Unterstützung zu. „Ich habe den Autobahndeckel immer als eine Segensgeschichte empfunden. Heute habe ich jedoch gelernt, dass das nicht für alle gilt“, so Peter Schreiber (SPD), Mitglied der Eimsbütteler Bezirksversammlung. Er forderte, dass die Hansestadt Hamburg fair mit ihren Bürgern umgehen solle und plädierte dafür, dass die Stadt den Anwohnern den Preis anbieten solle, den die Grundstücke auf der anderen Seite als Wertsteigerung nach dem Deckelbau erfahren.

Für ein ordentliches Angebot seitens der Hansestadt ist auch der verkehrspolitische Sprecher der GAL in der Bezirksversammlung Eimsbüttel, Fabian Klabunde. Ferner müsse ein direkter Dialogstrang zu den Verantwortlichen hergestellt werden, um mehr Transparenz bezüglich des Imbekstiegs zu schaffen. Astrid Danaba (Linkspartei) betonte, dass die Linke bisher noch



Vergangenen Freitag luden die zu der die Bürgerinitiative BIGI zusammengeschlossenen Imbekstieg-Anwohner Politiker, Experten aus Recht- und Bauwesen sowie Pressevertreter zu einer Podiumsdiskussion ein.

Foto: Deppner

keine faire Lösung für die Bewohner gefunden habe. Wichtig sei, es den Anwohner zu ermöglichen, dass diese auch während und nach der Bauphase im Imbekstieg bleiben könnten. Welche Belastungen jedoch auf sie währenddessen zukomme, sei bisher nur unzureichend geklärt. Prof. Dr. Jochen Hanisch, Experte für Umweltpolitik und Gutachten an der Universität Berlin, gab Aufschluss darüber, dass in der Umweltverträglichkeitsstudie Umwelteffekte, die während und nach der Bauphase auftreten könnten, nur unzureichend ermittelt worden seien. Viele Faktoren seien gar nicht erst berücksichtigt worden, wie beispielsweise der Deckel, der in der Studie komplett fehle. Es sei daher anzunehmen, dass die Umweltverträglichkeitsstudie überhaupt nicht für dieses Projekt gemacht worden sei, sondern dass hier mit alten Werten ge-

arbeitet werde, die den Planungen entstammten, als die A7 noch ohne Deckel erweitert werden sollte. Daher wundere es auch nicht, dass sich die Behörden und die DEGES als Bauträger über die Intensität der Baubelastungen bedeckt hielten. Stadt- und Regionalplaner Ansgar Kuschel bezeichnete es als „Bräsigkeit der öffentlichen Verwaltung“ zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufzuklären zu wollen.

Trotz allen Zuspruchs seitens der Parteien wurde den Bewohnern am Schluss der Podiumsdiskussion dennoch nahegelegt - sollten alle Verhandlungen mit den zuständigen Behörden der Hansestadt scheitern und es zu keiner vernünftigen Lösung für Anwohner kommen - ein juristisches Verfahren anzustreben: „Bereiten Sie den Krieg vor“, betonte Dr. Wieland Schinnenburg von der FDP-Bürgerschaftsfraktion.